

Ergebnisprotokoll

Gesunde Städte Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland

„Partizipation als kommunales Handlungsfeld in der Gesundheitsförderung“

Mitgliederversammlung und Fachsymposium
vom 04.09.2018 bis 06.09.2018 in Marburg

Workshop:	Beteiligung der Selbsthilfe und Initiativen in der kommunalen Gesundheitsförderung
Veranstaltungsort:	Erwin-Piscator-Haus Biegenstraße 15, 35037 Marburg
Datum:	06.09.2018 von 10:30 bis 12:00 Uhr
Protokoll:	Rola Kramer
Tagesmoderation:	Elisabeth Benzing und Heike Trapphoff

Etwa 30 – 40 Leute haben an dem Workshop 5 „**Beteiligung der Selbsthilfe und Initiativen in der kommunalen Gesundheitsförderung**“ teilgenommen“ (Beginn um 10:30 Uhr). Die Moderation haben Elisabeth Benzing (Kiss Nürnberg) und Heike Trapphoff (Selbst-Hilfe Kontaktstelle Rhein-Sieg-Kreis) übernommen.

Der erste Vortrag war von einem Projekt-Initiatoren, Raimund Schmid (Kindernetzwerk e.V.), aus Aschaffenburg. Eine andere Perspektive auf das Projekt hat Regina Stürmer (Stadt Aschaffenburg, Bildungsbüro) aufgegriffen. Der zweite Vortrag „Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz! Veranstaltungsreihe in der GesundeheitsregionPlus in Nürnberg“ kam von E. Benzing (Kiss Nürnberg).

Ziel der Diskussion nach dem Vortrag sollte die Beantwortung der Frage sein, wie eine gelungene Kooperation zwischen Initiative und Kommune aussehen kann. „Positivbeispiele“ sollten im Plenum vorgetragen werden, um Inspiration für die eigenen Initiativen zu erlangen.

Vorstellung des Projekts „Integration von jungen Menschen mit besonderem Bedarf in den (ersten) Arbeitsmarkt“

Der Referent, R. Schmid, begann seinen Vortrag dennoch damit, dass es mittlerweile ein erfolgreiches Projekt mit Unterstützung der Kommune sei, **aber** es auch Schwierigkeiten gab und gibt das Projekt vor Ort zu etablieren.

Das Projekt „Integration von jungen Menschen mit besonderem Bedarf in den (ersten) Arbeitsmarkt“ hat junge Erwachsene im Fokus. Im Schulalter werden Kinder/Jugendliche noch gefördert. Nach der Schule, im Alter zwischen 16 und 20 Jahren, in



Ergebnisprotokoll

der Phase der Berufswahl und des Übergangs in den Beruf (Transitionsphase), sind Jugendliche oft komplett auf sich alleine gestellt. Besonders dann wenn physische und psychische Erkrankungen hinzukommen, wie z.B. das Asperger-Syndrom, wird die Lücke deutlich: Junge Erwachsene werden in der Transitionsphase vernachlässigt; Unterstützung passiere hier meist nur medizinisch. „Integrationshilfe“, Hilfe in der Transitionsphase, ist der Fokus des Projektes. Es handelt sich um ein „Modellprojekt“ zur Inklusion junger Menschen in den Arbeitsmarkt – ein Thema bei dem die Kommune ein wichtiger Partner ist, da das Thema auch die kommunalen Schwerpunkte Gesundheit und Bildung aufgreife.

Im Vortrag beschreibt Schmid zunächst den Weg von der Idee zur Umsetzung, über Hürden, aber auch mit der Betonung der guten Zusammenarbeit mit dem Bildungsbüro der Stadt Aschaffenburg. Heute habe das Projekt zum einen ein Mentoren-/Paten-Programm in den Betrieben, zum anderen gäbe es (ab 2019) einen Handlungskatalog in dem zusammengestellt wurde, was der Arbeitgeber für notwendiges Wissen zur Unterstützung der Zielgruppe am Arbeitsplatz benötige. So werde der Weg den jungen Erwachsenen in den Betrieb zu bekommen erleichtert. Ein zweiter Fokus des Projektes ist die Unterstützung der jungen Erwachsenen im Betrieb. Hier soll die Perspektive des Betroffenen eingenommen werden. Zusammen mit einem Vorgesetzten des Betriebes finde ein Gespräch zwischen dem Betroffenen, Vertreter des Projektes und der Betriebsleitung statt. Thema hier: *Wie ging/geht es dir im Betrieb? Wie ging/geht es dir mit der Wiedereingliederung?*

Zur Zeit arbeitet das Projekt, zusammen mit dem Bildungsbüro (Stadt Aschaffenburg), an einem *online*-Infoportal. Die Homepage soll einfach aufgebaut sein, einen Überblick zu dem Thema und zu Kooperationspartnern geben sowie rechtliche Fragen beantworten. Ziel ist nicht nur eine Handreichung für Arbeitgeber, (Familien-)Angehörige, Betroffene, sondern auch die Vernetzung zu ermöglichen sowie eine Maske zu haben, mit welcher auch andere Städte arbeiten können.

Fragen zum Projekt

- Jobcenter und Arbeitsagentur sind nicht ein und die selbe Institution. Die Zielgruppe, um die es gehe, erhalte häufig Hartz IV und wäre somit Kunde des Jobcenters. Inwiefern steht das Projekt in Kooperation mit dem Jobcenter? Sowohl Arbeitsagentur als auch Jobcenter haben REHA-Betreuer. Wird das bedacht?
- Wer war der Ideengeber?

Die Idee kommt aus der Selbsthilfe-Arbeit.

Kurzer Bericht zum Projekt „Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz!“ – Veranstaltungsreihe in der GesundheitsregionPlus in Nürnberg

Die Idee für diese Veranstaltungsreihe entstand aus dem „Bündnis gegen Depression“. Die Kommune griff diese Idee im Rahmen des GesundheitsregionPlus auf und legte schon in der Vorbereitungsphase großen Wert darauf, dass Beratungsstellen, Initiativen und Krankenkassen an der Projektentwicklung beteiligt waren. Über Kiss kamen dann auch Betroffene aus den Selbsthilfegruppen dazu, die bei der Auftaktveranstaltung eine aktive Rolle spielten. An dieser Veranstaltung nahmen rund 70 Unternehmen mit über 100 Teilnehmenden aus der Region Nürnberg teil. Sie diente als erste Orientierung für die Unternehmen, um Unterstützungsmöglichkeiten in einem



Ergebnisprotokoll

Prozess zu weniger psychischer Belastung am Arbeitsplatz kennen zu lernen. Die Selbsthilfegruppen zu psychischen Erkrankungen wurden dabei nicht nur als eine Hilfsmöglichkeit für Betroffene wahrgenommen, sondern sie traten als Experten in eigener Sache auf. D.h., sie gaben den Unternehmen Tipps, welche Unterstützung sie zu Beginn im Betrieb gebraucht hätten, wie sie den Umgang mit ihnen als psychisch Kranke erlebt haben, welche Unterstützung sie in der Wiedereingliederung gebraucht hätten...

Die Veranstaltungsreihe läuft noch, Kiss sieht sich in dem Organisationsgremium als Vertretung für die Selbsthilfegruppen und als Bindeglied zu den Unternehmen. Es entstehen daraus vermehrt Anfragen von Unternehmen, um entweder Kiss oder Aktive aus Selbsthilfegruppen z.B. in ihre Betriebsversammlungen oder für Infoveranstaltungen einzuladen.

Beispiel aus Berlin „Bewegung im Stadtteil“

Eine der Selbsthilfekontaktstellen ist gerade dabei, bei dem von den Krankenkassen finanzierte Projekt „Bewegung in der Selbsthilfe“ mit anderen Angeboten im Stadtteil zu kooperieren. Bisher wird von allen Seiten Bereitschaft signalisiert, daraus ein gemeinsames stadtteilbezogenes Projekt zu machen.

In Plenum gab es nach den Beiträgen **folgende Fragen und Anmerkungen:**

- Wie Finanzierungsmöglichkeiten und Kooperationspartner finden?
- Welche Rolle spielt die Mitgliedschaft im GSN bei Kooperationen zwischen Kommune und Initiativen spielen?
- Nachahmenswerte Beispiele

Finanzierungsmöglichkeiten und Kooperationspartner

- Wie finde ich den richtigen Kooperationspartner?
Hier wurde sich das Plenum einig, dass die Kommune einen „Lotse“ haben sollte, eine Art Schnittstelle bieten sollte.
Eine Vertreterin einer Kommune wirft die Herausforderung jedes Projektförderantrags ein. Die Frage, die jeder Antragsteller haben sollte, um die Prozesse zu beschleunigen wäre: *Wie kann das Projekt so ausgeweitet werden, dass es zur Kommune passt? Welche gemeinsamen Ziele haben die Initiative und die Kommune?*
R. Stürmer (Stadt Aschaffenburg) dazu: Bildung ist immer ein guter Begriff, respektive: Bildungschancen verbessern, als (ein) Ziel des Projektes entspreche oft den Idealen der Kommune.
- Die finanzielle Projektförderung war ein zweites Thema der Diskussion innerhalb des Plenums: Deutlich wurde der „klassische Weg“ der Beantragung von Fördergeldern über die Krankenkasse und anschließende „Kooperationspartner-Suche“.

Welche Rolle spielt die Mitgliedschaft im GSN

- Was bringt es, dass Aschaffenburg im GSN ist?
Ein Herr im Plenum betonte, dass Vertreter des GSN mehr an den Bürgermeister herantreten sollten. Nur so ist eine städtische Förderung möglich



Ergebnisprotokoll

und die Arbeit der Initiativen erhalte kommunal Anklang. Und die Idee sollte vereinfacht und verständlich dargestellt werden in *Ziele und Probleme* (keine langen Analysen!). GSN-Sprecher, Selbsthilfegruppe – diese sollten mehr in die Gremien der Stadt gehen – so die Wortmeldung im Plenum. *Was sind die Vorteile eines Gesunde-Städte-Netzwerkes?*

Eine Dame aus dem Plenum dazu: Im GSN sind Experten verschiedener Fachrichtungen anwesend. Bei GSN-Treffen können Themen diskutiert werden, die sonst (z.B. in den Kommunen) keinen Platz haben. Die in den GSN diskutierten Themen können dann als Impulse in Initiative und Kommune getragen werden. So passiere es in Leipzig.

Nachahmenswerte Beispiele für Strukturen in einer Kommune, die eine Kooperation erleichtern können

Leipzig

Vergleichbar mit der „Gesundheitskonferenz“ in anderen Städte finde einmal jährlich eine Jahrestagung in Leipzig statt. Hier werden Themen aufgegriffen, die im GSN diskutiert wurden. In Leipzig habe sich so ein „Steuerungskreis Gesunde Stadt“ gebildet. Dieser habe verschiedene Arbeitsgruppen, welche dann explizit zu einem Thema konzeptionell arbeiten. Hier sind dann auch Entscheidungsträger, wie Vertreter von Krankenkassen, dabei. Diese Jahrestagung wurde von der Kommune einberufen, um Projektkonzepte zu verfassen. Natürlich versuchen sie auch verschiedene lokale Institutionen einzubeziehen. So ist es z.B. oft hilfreich Vertreter der Hochschule einzubeziehen. Die Leipzigerin dazu: „Und wenn diese auch „nur“ die Moderation machen und die richtigen, schlaun Fragen zu stellen, ist das hilfreich – vor allem wenn man sich mal nicht ganz grün in der Verwaltung ist und sich nicht einig wird.“

Nürnberg

Der Kommunale Arbeitskreis Gesundes-Städte-Netzwerk bietet eine gute Grundlagen für mögliche Kooperationen, da sich dort 2 mal im Jahr VertreterInnen aus der Kommune, aus Beratungsstellen, Gesundheitsinitiativen (Frauengesundheitszentrum, Kiss) und den Hochschulen treffen und gemeinsam Ideen „spinnen“. Daraus haben sich schon einige Veranstaltungsreihen und Aktionen entwickelt. Der Arbeitskreis ist gut vernetzt mit der GesundheitsregionPlus und anderen kommunalen Arbeitskreisen zu ganz spezifischen Gesundheitsthemen. Die Koordination dieses AK und der daraus resultierenden Veranstaltungen liegt bei der Kommune.

Fazit

Die anwesenden VertreterInnen der Initiativen wünschen sich

- von Seiten der kommunalen VertreterInnen mehr Bewusstsein für Kooperationsmöglichkeiten mit den Initiativen vor Ort
- langfristige kommunale Strukturen, die eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Kommune und Initiativen ermöglichen – diese Strukturen müssen von der Kommune geschaffen werden, da die Initiativen nicht die Kapazitäten dafür haben
- in geplante Projekte von Anfang an mit einbezogen zu werden